



der Mitgliederversammlung des
124. Zentralverbandstages von
Haus & Grund Deutschland

Haus & Grund Deutschland
Zentralverband der Deutschen Haus-,
Wohnungs- und Grundeigentümer e.V.

Braunschweig, 10. Juni 2010

Die Delegierten des 124. Zentralverbandstages von Haus & Grund Deutschland fordern die Bundesregierung und die sie tragenden Parteien auf:

Die im Koalitionsvertrag vom 26. Oktober 2009 vereinbarten immobilienpolitischen Vorhaben sind zügig umzusetzen.

Die von CDU, CSU und FDP im Koalitionsvertrag vom 26. Oktober 2009 notierten immobilienpolitischen Vorhaben können dem vermieteten und selbstgenutzten Wohneigentum neue Impulse verleihen. Die energetische Modernisierung des Wohnungsbestandes sichert auch zukünftig ein qualitativ anspruchsvolles Wohnungsangebot. Die Orientierung der Stadtentwicklungspolitik auf die innerstädtischen Quartiere folgt endlich dem Leitbild der kompakten Stadt, die ihren Bürgerinnen und Bürgern ein attraktives Umfeld bietet. Die angekündigte Abwehr des Unwesens von Mietbetrügnern unterstreicht die Bedeutung der Eigentums- und Rechtsschutzgarantie des Grundgesetzes.

Länger als ein halbes Jahr nach Abschluss des Koalitionsvertrages ist es Zeit, den Ankündigungen nun auch Taten folgen zu lassen. Die organisierten Haus-, Wohnungs- und Grundeigentümer erwarten gesetzgeberische Initiativen, die der freiheitsstiftenden Kraft des Wohneigentums gerecht werden:

- Im Mietrecht müssen die Hürden abgebaut werden, die klima- und umweltfreundliche Modernisierungen des Wohnungsbestandes verzögern oder sogar verhindern.
- Dem Mietnomadentum muss wirksam begegnet werden. Künftig müssen mietrechtliche Ansprüche rechtzeitig und wirksam vollstreckt werden können.
- Die Kündigungsfristen für Vermieter und Mieter müssen wieder vereinheitlicht werden.
- Das schleppende Modernisierungstempo im Wohnungsbestand kann nur mit verbesserten steuerlichen Rahmenbedingungen für Investitionen beschleunigt werden.

Die Delegierten des 124. Zentralverbandstages von Haus & Grund Deutschland fordern die Bundesregierung auf, sich zu diesen Zielen zu bekennen und zieladäquate Gesetzesinitiativen nun auf den Weg zu bringen.